



## NEWSLETTER DEZEMBER 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Bei der Weltklimakonferenz in Marrakesch wurde der Auftrag an die internationale Staatengemeinschaft nach Paris nochmals bestätigt: Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz. Doch CDU/CSU und SPD machen mit ihrem Klimaschutzplan 2050 in Deutschland das Gegenteil. Die entscheidenden Maßnahmen, wie der Kohleausstieg, oder das Ende des fossilen Verbrennungsmotors, sind in der finalen Fassung herausgefallen. Zu groß war anscheinend der Druck von Lobbyisten und den Modernisierungsgegnern aus Union und SPD. Mit dem Grünen Klimaschutz-Notfallprogramm zeigen wir auf, wie die CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 doch noch gelingen kann. Die Bundesregierung versagt hier kläglich.

Dabei kommt es jetzt darauf an, über den Strukturwandel in Energiewirtschaft und Automobilindustrie zu reden. Wie etwa schaffen wir es, dass die deutsche Automobilbranche im Land bleibt und zukünftig nur noch emissionsfreie – wie etwa E-Autos – produziert? Darüber hat die Grüne Bundestagsfraktion nicht nur mit der Branche und ihren Kritikern bei einem Fachgesprächs intensiv diskutiert, sondern auch der Grüne Bundesparteitag in Münster hat zu Klimaschutz und zur Zukunft der Mobilität wichtige und von der Öffentlichkeit stark beachtete Beschlüsse gefasst.

Auch die langwierigen und teuren Folgen des Irrwegs Atomkraft waren ein großes Themen in den letzten Wochen. Das Bundesverfassungsgericht hat die horrenden Forderungen der AKW-Betreiber auf Schadensersatz abgewiesen und den Atomausstieg für rechtens erklärt. Außerdem haben Bundestag und Bundesrat die Empfehlungen der Kommissionen zur Finanzierung des Atomausstiegs beschlossen und damit die Kostenverantwortung der Energiekonzerne für Rückbau der Atomkraftwerke und Lagerung des Atommülls gesichert.

Die Grünen in NRW haben auf ihrem Landesparteitag ein hervorragendes Programm zur Landtagswahl im Mai 2017 beschlossen, dass die Herausforderungen des Strukturwandels in NRW z. B. mit einem Fahrplan für den Kohleausstieg annimmt und nicht, wie bei CDU und SPD, die Debatte darüber verweigert. Die Grünen in NRW haben darüber hinaus mit der Landesliste die Kandidat\*innen zur Bundestagswahl bestimmt und mich auf Platz 2 hinter unserer Spitzenkandidatin Britta Haßelmann gewählt. Das ist für mich eine große Ehre und Anerkennung meiner Arbeit in den letzten Jahren, aber auch der Auftrag, die ökologischen Themen, die ich vertrete, im Wahlkampf und in der nächsten Wahlperiode – dann hoffentlich mit den Grünen als Regierungspartei – stark zu machen.

Doch erst einmal wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre meines Newsletters, ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, neues Jahr 2017.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr/euer  
Oliver Krischer

#### *Energie/Umwelt/Klima*

1. **Atomkommission: Notoperation gelungen**
2. **Bundesverfassungsgericht: Atomausstieg bestätigt**
3. **Klimakonferenz in Marrakesch: Der Wille ist da – der Weg ist noch weit**
4. **Unambitionierter Klimaschutzplan der Bundesregierung**
5. **EU-Energiepaket: Schlechtes Zeichen für Energiewende**
6. **Grünes Klimaschutz-Notfallprogramm**
7. **Aktionsplan ‚Faire Wärme‘**
8. **Woche der Abfallvermeidung: 212 kg im Jahr pro Mensch**
9. **Ressourcenverbrauch und Lebensqualität: Antworten auf die Wachstumsfrage**
10. **Veranstaltungsbericht: Klimakrise im Meer**
11. **Veranstaltungsbericht: Kohle-Rückstellungen jetzt sichern**
12. **Monitoringbericht kritisiert Energiewendepolitik der Bundesregierung**
13. **Monitoringbericht Energie Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt**

#### *Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

14. **Kennzeichnung für regionale Lebensmittel**
15. **Laxe Düngeregeln statt gutes Wasser – EU-Kommission verklagt Deutschland**
16. **Bundestagsrede: Ernährungspolitische Bericht**
17. **Veranstaltungsbericht: Alltagsgefahr Hormongifte**
18. **Veranstaltungsbericht: Konferenz Hunger auf Veränderung**

#### *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

19. **Bundesverkehrswegeplan: teure und umweltschädliche Straßenbauprojekte**
20. **Mehr Ladesäulen für E-Autos**
21. **Bundestagsrede zum Verkehrs-Haushalt**
22. **Untersuchungsausschuss Abgas: Die erschreckende Realität**
23. **PKW-Maut: Dobrindts Konzept ist gescheitert**
24. **Grünes Konzept für besseren Nahverkehr**
25. **Weniger Papier für DB Online-Ticket**
26. **Veranstaltungsbericht: Grün macht Mobil – Konferenz Verkehrswende Jetzt!**
27. **Veranstaltungsbericht: Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor**
28. **Veranstaltungsbericht: Neue Wohnungsgemeinnützigkeit**

#### *Energie/Umwelt/Klima*

1. **Atomkommission: Notoperation gelungen**

Die [Ergebnisse der Kommission zur Finanzierung des AKW-Rückbaus und der Atommüllendlagerung](#) sind nun in Gesetzesform gegossen. Bundestag und Bundesrat haben in einem breiten Konsens den erzielten Kompromiss mit Grüner Zustimmung umgesetzt. Der ursprünglich von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf erfüllte den Anspruch der Umsetzung der Kommissionsergebnisse noch nicht. Uns ist es gelungen, gegenüber der Großen Koalition etliche Nachbesserungen durchzusetzen. Das betrifft z. B. die Kontrolle des Fonds zur Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung durch den Bundestag. Ein entscheidender Punkt war für uns auch, dass die Bundesregierung im Rahmen der Ver-

handlungen über den gesetzbegleitenden öffentlich-rechtlichen Vertrag darauf drängt, dass alle Atomklagen von den Unternehmen zurückgezogen werden. Das ist bis auf zwei Ausnahmen auch gelungen. Weitere Infos [HIER](#).

## **2. Bundesverfassungsgericht: Atomausstieg bestätigt**

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Klagen der Atomkonzerne Anfang Dezember hat die historische Entscheidung des Gesetzgebers bestätigt, die Atomkraftnutzung in Deutschland zu beenden. Die völlig überzogenen Forderungen der Atomkonzerne auf Schadensersatz in Höhe von bis zu 19 Milliarden Euro sind damit vom Tisch. Aber auch in anderer Hinsicht ist das Urteil ein Erfolg. Alle weiteren Infos [HIER](#).

## **3. Klimakonferenz in Marrakesch: Der Wille ist da – der Weg ist noch weit**

Nach den wegweisenden Beschlüssen der Weltklimakonferenz in Paris vom vergangenen Jahr fand die diesjährige Weltklimakonferenz in Marrakesch (Marokko) statt. Geprägt war die Konferenz vom spürbaren Zusammenrücken der Staaten in Sachen Klimaschutz nach der Wahl von Donald Trump, welcher den Klimaschutz ablehnt, zum nächsten US-Präsidenten. Insbesondere China hat eine positive Rolle eingenommen und sich als größter Emittent von Treibhausgasen zum Klimaschutz und seiner besonderen Rolle bekannt. Hier wäre jetzt die EU am Zug, diesen Ball aufzunehmen und gemeinsam mit China eine führende Rolle beim internationalen Klimaschutz einzunehmen. Es ist irritierend, wenn Bundesumweltministerin Hendricks Ländern wie Marokko empfiehlt, keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen, zu Hause aber Parteikollege und Wirtschaftsminister Gabriel weiter schützend seine Hand über die Kohle hält. Weitere Infos zum Ausgang der Klimakonferenz finden sich [HIER](#).

## **4. Unambitionierter Klimaschutzplan der Bundesregierung**

Nach Monaten gescheiterter Versuche hat die Bundesregierung einen nationalen Klimaschutzplan vorgelegt, der aber kaum das Papier wert ist, auf dem er steht. Notwendige Maßnahmen fehlen, der Plan ist wirkungslos. So hält die Bundesregierung weiterhin schützend ihre Hand über die klimaschädliche Kohle und der Kohleausstieg wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Auch die dringend erforderliche Verkehrs- und Wärmewende findet nicht statt. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

## **5. EU-Energiepaket: Schlechtes Zeichen für Energiewende**

Die EU hat ein Energiepaket geschnürt, das weit hinter dem Erforderlichen bleibt. Hier legt die Kommission den Rückwärtsgang ein und setzt auf Kohle und Atom. Erneuerbare Energien sollen ausgebremst werden. Das Verharren im nuklearen und fossilen Zeitalter ist fatal fürs Klima wie auch für den Wirtschaftsstandort Europa. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie entschlossen interveniert, damit es gelingt, die Klimakrise zu bewältigen und die europäische Energiewende nicht unter die Räder kommt. Weitere Infos [HIER](#).

## **6. Grünes Klimaschutz-Notfallprogramm**

Deutschland ist gegenwärtig weit davon entfernt, seine Klimaschutzverpflichtungen zu erfüllen. 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen bis 2020 sind zugesagt. Doch noch immer emittieren wir über 150 Millionen Tonnen pro Jahr zu viel. Unser [Grünes Klimaschutz-Notfallprogramm](#) zeigt, wie das Ziel doch noch zu erreichen ist.

## **7. Aktionsplan ‚Faire Wärme‘**

100 Prozent Wärme aus Erneuerbaren Energiequellen sind machbar, aber kein Selbstläufer. Unsere Grüne Studie für eine klimaverträgliche und faire Wärmewelt zeigt, wie es geht. In ihr wurden rund 20 aktuelle Studien über die künftige Wärmeversorgung analysiert und daraus ambitionierte, aber machbare Ziele für die Modernisierung der Wärmeversorgung abgeleitet. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die Umstellung unserer Wärmeversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte möglich und die Technik dafür heute schon bereit und praxiserprobt ist. Weitere Infos [HIER](#).

### **8. Woche der Abfallvermeidung: 212 kg im Jahr pro Mensch**

Im Durchschnitt produziert jeder Mensch in Deutschland 212 Kilogramm Müll pro Jahr, das sind 25 Kilogramm mehr als noch vor zehn Jahren. Alleine in Berlin werden jeden Tag 460.000 coffee-to-go-Becher weggeworfen. Das ergibt aufs Jahr gerechnet eine Becherstrecke von 50 Kilometern. Der Trend zu mehr Verpackungsmüll allgemein und besonders zu Einwegverpackungen für Getränke ist leider immer noch ungebremst. Aber anstatt gegenzusteuern, plant die Bundesregierung im neuen Verpackungsgesetz, die Mehrwegquote komplett zu streichen. Anlässlich der Europäischen Woche der Abfallvermeidung erinnern die Grünen im Bundestag daran, was unser Kreislaufwirtschaftsgesetz zuallererst vorschreibt: Müll zu vermeiden. Wie das geht und weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **9. Ressourcenverbrauch und Lebensqualität: Antworten auf die Wachstumsfrage**

In der 17. Legislaturperiode hat die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages sehr grundlegende und weitreichende Arbeit geleistet. Die Grüne Bundestagsfraktion hat es sich – leider als einzige Fraktion – zur Aufgabe gemacht, die Ergebnisse dieser Enquetekommission ernst zu nehmen und ihre Arbeit fortzuführen. 2016 haben wir deshalb erstmals den Grünen Jahreswohlstandsbericht erarbeitet und veröffentlicht. Wir stellen ihn dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gegenüber. Damit erweitern wir die Debatte um Indikatoren zum Wohlstand und der Lebensqualität. Parallel dazu erarbeitet die Arbeitsgruppe „Grüne Wirtschaft“ Konzepte zu einer branchenbezogenen, ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Schließlich arbeitet die Grüne Fraktion auch an Ideen zum Verhältnis von wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und erhöhter Lebensqualität, die [HIER](#) vorgestellt werden. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **10. Veranstaltungsbericht: Klimakrise im Meer**

Die Weltgemeinschaft hat mit dem Pariser Klimaabkommen beschlossen, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, da es sonst zu irreversiblen Folgen für Mensch und Natur kommt. Eine dieser Auswirkungen, nämlich die Erwärmung und Versauerung der Meere, ist bereits heute in katastrophaler Weise am Great Barrier Reef, dem größten Korallenriff der Erde, sichtbar. Hier kommt es zu einem massiven Korallensterben: weite Teile des Riffs sind bereits ausgebleicht und das dort ansässige Leben ist gänzlich verschwunden. Die globale Erwärmung hat Folgen für das gesamte Ökosystem Ozean, die Fischerei und alle Menschen, nicht nur jene an der Küste. Im Rahmen des Fachgesprächs „Klimakrise im Meer“ haben wir zusammen mit Experten\*innen über den Zustand der Meere in Zeiten der Klimakrise und darüber, was getan werden kann und muss, um diesem Problem zu begegnen, diskutiert. Die Zusammenfassung gibt es [HIER](#).

### **11. Veranstaltungsbericht: Kohle-Rückstellungen jetzt sichern**

Mit der Zustimmung zum Pariser Klimaschutzabkommen hat Deutschland de facto den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Dabei ist auch die Sanierung und Rekultivierung der Mondlandschaften in den Braunkohleabbaugebieten eine Herkulesaufgabe. Verantwortlich dafür sind die Kohlekonzerne – und das muss ohne Wenn und Aber auch so bleiben. Denn zu häufig bleibt der Steuerzahler auf hohen Folgekosten sitzen. Doch angesichts der Entwicklungen im Energiemarkt mehren sich Zweifel daran, ob die dafür erforderlichen Mittel wirklich vorhanden sind. Antworten, wie Rückstellungen gesichert werden können, lieferte unser [Fachgespräch](#).

### **12. Monitoringbericht kritisiert Energiewendepolitik der Bundesregierung**

Die eigenen Sachverständigen kritisieren in ihrem [aktuellen Monitoringbericht](#) die Politik der Bundesregierung bei der Energiewende. Die Experten bestätigen unsere Einschätzung, dass die Klimaschutzziele 2020 mit dieser Politik nicht zu erreichen sein werden und dass sowohl der Kohleausstieg als auch der Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor unabdingbar sein werden. Darüber hinaus enthält der Bericht viele interessante Fakten und Tatsachen.

### **13. Monitoringbericht Energie von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt**

Auch die beiden Bundesbehörden Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt haben wieder einen [Bericht zum Thema Energie](#) herausgegeben, der eine Vielzahl von Zahlen und Fakten enthält, die bedeutend

für die Energiewende sind. Interessant ist z. B., dass die Zahl der Stromsperrungen mit über 300.000 pro Jahr unverändert hoch ist, der zuständige Wirtschaftsminister Gabriel aber nichts dagegen unternimmt. Demgegenüber sind die Stromausfällezeiten auch im internationalen Vergleich auf einem historischen Tiefststand angekommen. Das straft alle Lügen, die z.T. noch vor kurzem behaupteten, mit zunehmendem Anteil von Wind und Sonne an der Stromversorgung werde es zu Blackouts kommen. Das Gegenteil ist der Fall.

*Agrar/ Ernährung/ Verbraucher*

#### **14. Kennzeichnung für regionale Lebensmittel**

Regionale Lebensmittel sind im Trend. Aber wie erkennen wir sie im Supermarkt? Nicht alles, was sich regional nennt, entspricht auch den Verbrauchervorstellungen von regionalen Lebensmitteln. Wir wollen deshalb, dass es eine klare und transparente Kennzeichnung von regionalen Lebensmitteln gibt. Wie wir uns das konkret vorstellen, kann [HIER](#) nachgelesen werden.

#### **15. Laxe Düngeregeln statt gutes Wasser – EU-Kommission verklagt Deutschland**

Durch die Untätigkeit von CDU/CSU und SPD bei Verbesserungen in der Düngegesetzgebung wird die Quelle unseres Trinkwassers, das Grundwasser, durch zu hohe Nitratbelastungen immer stärker bedroht. 50 Prozent der Messstellen in Deutschland zeigen erhöhte Nitratkonzentrationen an, bei 18 Prozent werden die zulässigen Grenzwerte sogar überschritten. Hauptverantwortlich sind die Gülleüberschüsse und Gärreste aus der Landwirtschaft. Die EU-Kommission hat deshalb nun sogar eine Klage gegen die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Aber Landwirtschaftsminister Schmidt sitzt das Problem weiter aus. Weitere Infos [HIER](#).

#### **16. Bundestagsrede: Ernährungspolitische Bericht**

Im Sommer hat das Bundeskabinett den [Ernährungspolitischen Bericht](#) verabschiedet. Erst ein knappes halbes Jahr später wurde er im Plenum diskutiert. Doch der Bericht ist nichts weiter als eine Werbebroschüre. Auf den knapp 50 Seiten findet sich neben den vielen schönen Bildchen nichts Substantielles. Stattdessen nur Imagekampagnen und Ankündigungen. Meine komplette Rede findet sich [HIER](#).

#### **17. Veranstaltungsbericht: Alltagsgefahr Hormongifte**

In vielen Alltagsprodukten wie Lebensmitteln, Spielzeug, Kleidung oder Kosmetika stecken Weichmacher, Konservierungsstoffe, Pestizide und andere Schadstoffe. Sie alle haben einen gefährlichen Einfluss auf unser Hormonsystem. In einem Fachgespräch haben wir mit verschiedenen Expert\*innen über die Alltagsgefahr von Hormongiften diskutiert. Den ausführlichen Veranstaltungsbericht gibt es [HIER](#).

#### **18. Veranstaltungsbericht: Konferenz Hunger auf Veränderung**

Mitte November haben wir auf der großen Grünen Konferenz ‚Hunger auf Veränderung‘ mit mehreren hundert Teilnehmer\*innen deutlich gemacht, dass wir nur mit einer anderen Landwirtschaft unser Überleben und das unseres Planeten sichern können. Viele Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Bei der Tiere würdig behandelt, Klima und Boden geschützt und die Artenvielfalt bewahrt werden. Eine Landwirtschaft, die weltweit Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen beschert und die uns alle ernähren kann. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das wurde auch bei den verschiedenen Foren auf der Konferenz deutlich. Alle Infos finden sich [HIER](#).

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

#### **19. Bundesverkehrswegeplan: teure und umweltschädliche Straßenbauprojekte**

Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan ist Bundesverkehrsminister Dobrindt weiter ungebremst auf Geisterfahrt. Verkehrspolitische Ziele werden komplett verfehlt, Klima- und Umweltschutz spielen keine Rolle – das ist Straßenbaupolitik der 60er Jahre. Die Abgeordneten der Großen Koalition haben



die Chance verpasst, Dobrindts Betonplan noch zu stoppen. Er entscheidet damit vorbei an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen im Land und setzt stattdessen auf unsinnige Prestigeprojekte auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt. Statt einer Wunsch-Dir-Was-Liste aus Ortsumgehungen und anderen Prestigeprojekten braucht Deutschland einen ehrlichen und nachhaltigen Plan, der sich an den Bedürfnissen zukünftiger Mobilität orientiert und ambitionierten Klimaschutz mitdenkt. Das bedeutet z.B., bestehende Verkehrswege zu optimieren, statt immer neue zu bauen. Unser [Entschließungsantrag](#) fordert daher, die Verkehrswegeplanung zu einer Bundesnetzplanung weiterzuentwickeln, diese an vereinbarten Klima- und Umweltzielen auszurichten und an zukünftige Mobilitätsbedürfnisse anzupassen. Wir haben außerdem eine [Karte mit den fragwürdigsten BVWP-Projekten](#) zusammengestellt. Aktuelle Informationen zum BVWP gibt es [HIER](#).

## **20. Mehr Ladesäulen für E-Autos**

Was die Bundesregierung seit Jahren verspricht, aber nicht umsetzt, nehmen die deutschen Autohersteller nun selber in die Hand. Anfang Dezember haben die deutschen Autobauer erklärt, in Deutschland eine eigene Ladeinfrastruktur aufbauen zu wollen. 400 Ladesäulen sollen so entstehen. Die bisher weitgehend fehlende Ladeinfrastruktur für Elektroautos ist eine der größten Hürden, um einen schnellen Umstieg auf E-Autos zu schaffen. Dobrindt muss sich vorwerfen lassen, zu viele Ressourcen in die Vertuschung des Abgasskandals und seine Ausländer-Maut investiert zu haben und hat mit der verkorksten Kaufprämie sogar diese Chance, auf die Zukunft zu setzen, versemelt. Mehr Infos [HIER](#).

## **21. Bundestagsrede zum Verkehrs-Haushalt**

Der Bundeshaushalt zum Bundesverkehrsministerium ist ein Haushalt der verpassten Chancen. Während der Mobilitätsbereich vor riesigen Veränderungen steht, handelt Verkehrsminister Dobrindt nach dem Motto „Weiter so!“. Wir brauchen endlich eine\*n Verkehrsminister\*in, die sich um die Zukunftsaufgaben in diesem Land kümmert. Meine komplette Rede findet sich [HIER](#).

## **22. Abgasskandal**

Keine Woche ohne neue Enthüllungen im Abgasskandal. Dabei wird das organisierte Staatsversagen immer deutlicher. Die komplette Branche hat geschummelt und betrogen, weil sie wusste: die zuständigen Behörden gucken nicht hin. Im Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal wird das immer deutlicher. Drei Umweltminister – Gabriel, Altmaier und Hendricks – wussten zwar vom Problem der zu hohen Stickoxid-Emissionen, aber taten entweder nichts oder setzten sich nicht durch. Das Kraftfahrtbundesamt versteht sich bis heute als Dienstleister der Autoindustrie und nicht als deren Kontrollbehörde. Kein Wunder also, wenn der Chef E-Mails „Mit industriefreundlichen Grüßen“ unterschreibt. Besonders schlimm, weil nichts gelernt: Auch nach dem Bekanntwerden des Abgasskandals tut Bundesverkehrsminister Dobrindt alles, um die Tricks der Autoindustrie schönzureden und den Skandal weiter zu vertuschen. Verbraucherschutzminister Maas scheitert kläglich an der Durchsetzung von Verbraucherinteressen und Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Kanzleramtsminister Altmaier machen erst gar keinen Hehl daraus, dass es ihnen darum geht, die Interessen der Autoindustrie zu schützen. Klares Fazit des Untersuchungsausschusses bisher: Den Abgasskandal gäbe es nicht, ohne das bewusste und aktive Wegschauen der Bundesregierung. Das muss Konsequenzen haben. Mehr dazu findet sich [HIER](#).

## **23. PKW-Maut: Dobrindts Konzept ist gescheitert**

Dobrindts Ausländer-Maut wird in dieser Wahlperiode nicht mehr kommen - damit kann die CSU ihr zentrales Wahlkampfversprechen nicht einlösen! Vor zwei Jahren hatte der CSU-Verkehrsminister vollmundig angekündigt, seine Maut zum 1. Januar 2016 scharfstellen zu wollen. Bereits lange vor Verabschiedung des Gesetzes war aber klar, dass das ganze Vorhaben vor dem Europäischen Gerichtshof scheitern wird. Darüber waren sich nicht nur Verkehrsexperten einig, sondern auch verschiedene Rechtsgutachten bestätigten diese Einschätzung, unter anderem eines vom unabhängigen Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Jetzt versucht Dobrindt, die peinliche Niederlage der Bundesregierung vor dem EuGH durch einen Taschenspielertrick auf Kosten der deutschen Autofahrer abzuwenden, um die EU-Kommission auf seine Seite zu ziehen. Dobrindts Ausländer-Maut verkommt so

endgültig zum Witz. Bisher war schon unklar, ob die Einnahmen die Bürokratiekosten decken. Wenn jetzt zwar manche Autofahrer weniger, aber keiner mehr zahlen soll, beglückt Dobrindt das Land mit einer Maut, die den Staat mehr kostet als sie bringt. Bunderegierung und Große Koalition müssen diesen Unsinn endlich stoppen. Es ist ein Armutszeugnis der gesamten Bundesregierung, dass sie ihr politisches Gewicht in Brüssel für die PKW-Maut, nicht aber für den Klimaschutz und nachhaltige Mobilität einsetzt. Es gäbe vom Abgasskandal über marode Infrastruktur bis hin zu einem besseren Schienenverkehr viele wichtige Themen im Verkehrsbereich, um die sich ein deutscher Verkehrsminister in Brüssel kümmern müsste. Doch stattdessen kämpft Dobrindt für eine Ausländer-Maut, die am Ende nichts bringt und längst vergessene Schlagbäume in Europa reaktiviert. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Niederlande oder andere Länder erfolgreich gegen die Maut klagen. Mehr Infos [HIER](#).

#### **24. Grünes Konzept für besseren Nahverkehr**

Der öffentliche Nahverkehr boomt – vor allem in größeren Städten. Höchste Zeit also, die Angebote zu modernisieren und die Infrastruktur zu sanieren. Die Grüne Bundestagsfraktion hat dazu ein Konzept erarbeitet, welches sich [HIER](#) findet.

#### **25. Weniger Papier für DB Online-Ticket**

Bisher wurde das Online-Ticket der Deutschen Bahn (DB) auf drei Seiten ausgedruckt. Doch nur auf der ersten Seite des Online-Ausdrucks befindet sich das Online-Ticket, das für die Bahnfahrt benötigt wird. Auf der zweiten und dritten Seite befanden sich bisher allgemeine Hinweise und die AGB, die die Bahnsoftware standardmäßig mit ausdrückte, obwohl das eigentlich gar nicht erforderlich wäre. Ich hatte dazu die Bahn angeschrieben. Der Druck hat gewirkt: Zukünftig wird das Online-Ticket nur noch auf einer Seite ausgedruckt. Mehr Infos [HIER](#).

#### **26. Veranstaltungsbericht: Grün macht Mobil – Konferenz Verkehrswende Jetzt!**

In der deutschen Verkehrspolitik geht seit Jahren wenig voran. Während anderswo auf der Welt für Radverkehr, ÖPNV und E-Autos und mutige Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden, werden bei uns die Staus immer länger und die Zugverspätungen zur festen Größe. Über die Fragen, ob diese Verkehrspolitik zukunftsfähig, wie wir im 21. Jahrhundert unterwegs sein wollen und über die nötigen Veränderungen der Mobilität diskutierten wir Grüne im Bundestag mit vielen Fachleuten in verschiedenen thematischen Panels. Wir haben die Veranstaltung im Livestream gezeigt. Die Vorträge von Prof. Dr. Andreas Knie (InnoZ), Dr. Sigrid Evelyn Nikutta (BVG) und Dr. Anton Hofreiter (Fraktionsvorsitzender) können [HIER](#) angeschaut werden.

#### **27. Veranstaltungsbericht: Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor**

Das Klimaschutzabkommen von Paris markiert für viele Bereiche unseres Lebens eine Zeitenwende: Spätestens bis zum Jahr 2050 müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen auf Null reduzieren, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu vermeiden. Was heißt das für den Verkehr, der für ein Fünftel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist? Nur emissionsfreie Autos können zukunftsfähig sein. Eine Neuzulassung von fossil betriebenen Autos nach 2030 bedeutet, dass wir die Ziele des Pariser Abkommens nicht erreichen werden. Wir haben darum mit Autoherstellern und Verbänden darüber diskutiert, wie die deutsche Automobilindustrie die anstehende Verkehrswende angeht, wie sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert und welchen politischen Rahmen es braucht, um Grüne Mobilität auf den Märkten durchzusetzen und Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten und auszubauen. Das Video der Konferenz zum Nachschauen gibt es [HIER](#).

#### **28. Veranstaltungsbericht: Neue Wohnungsgemeinnützigkeit**

Eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit kann einen wichtigen Beitrag für dauerhaft bezahlbares Wohnen in den wachsenden Städten leisten – zu diesem Ergebnis kam Anfang November ein öffentliches Fachgespräch im Ausschuss für Umwelt und Bauen des Deutschen Bundestags. Die Sachverständigen berieten dazu u.a. [Anträge](#) der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Zusammenfassung der Konferenz sowie ein Videomitschnitt finden sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.